

Ich les' online.  
➔NRWZ.de

22.09.2010, 14:41:18 Uhr

Vorwurf: Finanzminister betreibt Lokalpolitik

## Landtags-Grüne wollen mehr als nur den einen Gefängnisstandort

**ROTTWEIL, 22. September (pm) - „Der Vorgang um den Neubau der bisherigen Justizvollzugsanstalt (JVA) Rottweil verkommt zur Lokalposse. Denn Finanzminister Willi Stächele verweigert sich einer regionalen Suche nach geeigneten Standorten“, kritisieren die Landtagsabgeordneten der Grünen, Ilka Neuenhaus und Bernd Murschel, laut einer Pressemitteilung.**

Stächele begrenze diesbezüglich seinen Aktionsradius lediglich auf den Raum Rottweil. Im Zuge des Haftentwicklungsprogrammes des Landes plant das Land den Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Umfeld der bestehenden JVA in Rottweil.

In der heftigen Kontroverse um den Neubau, die längst vor Ort entbrannt ist, geht es um Standorte bei Rottweil, bei denen bis zu 15 Hektar Wald gerodet werden sollen, um das "Bitzwäldle".

Die Grünen hatten in einer Landtagsanfrage vorgeschlagen, neben Standorten in Rottweil und Umgebung auch in den benachbarten Landkreisen wie Emmendingen, Freudenstadt, Schwarzwald-Baar, Tuttlingen und Zollernalb nach Alternativen zu suchen.

Dies beantwortete Stächele damit, dass sich die Landesregierung auf eine Suche im Raum Rottweil beschränke. „Die Landesregierung versteckt sich nicht nur hinter den legitimen, aber eigennützigen Interessen der Stadt Rottweil, sondern betreibt damit Lokalpolitik. Und die Nachfrage der Grünen, Angaben über eventuelle Alternativstandorte beispielsweise von Konversionsflächen der Bundeswehr zu machen, wurde nicht einmal beantwortet“, so Neuenhaus und Murschel.

Die Grünen fordern, in die Standortsuche viel stärker als bisher Umweltgesichtspunkte zu integrieren. „Die Rodung von so großen Waldflächen wie derzeit von der Landesregierung favorisiert, stellt einen großen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Erforderlich ist die Suche nach Standorten mit möglichst geringem oder keinem Flächenverbrauch, zum Beispiel Konversionsflächen der Bundeswehr oder nicht mehr genutzte Industriebrachen“, heißt es in der Mitteilung der Grünen.

Derweil antwortet das Land, hier in Form einer Stellungnahme des Finanzministeriums: "Die Suche nach einem geeigneten Standort im Raum Rottweil resultiert aus vollzuglichen Bedürfnissen. Rottweil ist mit dem Landgericht, dem Amtsgericht, der Staatsanwaltschaft und der bestehenden Haftanstalt bereits heute ein wichtiger Justizstandort. Die heutige, unter Denkmalschutz stehende Rottweiler Haftanstalt (Baujahr 1860) soll durch einen Neubau ersetzt werden, der den aktuellen Anforderungen an einen modernen Strafvollzug gerecht wird. Neben dem Landgerichtsbezirk Rottweil soll der Neubau auch den Haftplatzbedarf aus den Landgerichtsbezirken Hechingen, Waldshut-Tiengen und Konstanz abdecken. Zudem soll der Neubau die Schließung einer Reihe kleinerer, unwirtschaftlicher Haftanstalten ermöglichen. Der Raum Rottweil liegt für diesen Bedarf zentral und zeichnet sich durch seine überdurchschnittlich gute Verkehrsanbindung aus. Die Standortsuche des Landes bezieht sich daher auf den Raum Rottweil."

